

Der pakistanische Albtraum

Sven Hansen

Als der pakistanische Militärmachthaber Pervez Musharraf im August 2007 bereits schon einmal die Verhängung des Ausnahmezustands erwogen haben soll, rief ihn Medienberichten zufolge um 2 Uhr morgens US-Außenministerin Condoleezza Rice an. Sie drängte den General, den befürchteten Schritt zu unterlassen. Musharraf fügte sich schließlich.

In der pakistanischen Öffentlichkeit erweckte dies mal wieder den Eindruck, Musharraf sei ein Lakai Washingtons. Denn das rücksichtslose Timing von Rice' Anruf, dass den stolzen pakistanischen General zum Befehlsempfänger zu nachtschlafender Zeit degradierte, ramponierte Musharrafs Ansehen in den Augen der pakistanischen Öffentlichkeit noch weiter. Dieses war wegen der gescheiterten Entlassung des obersten Richters Iftikhar Chaudhry bereits angeschlagen, war die offizielle Begründung mit angeblichen Verfehlungen des Richters doch in Wirklichkeit ein durchsichtiges machtpolitisches Manöver Musharrafs gewesen.

Am 3. November hat Musharraf den Amerikanern den Ball zurück gespielt. Drei Tage zuvor hatte ihn Rice erneut angerufen und ihn wieder vor Verhängung des Ausnahmezustands gewarnt. Und 2. November suchte ihn in Islamabad auch noch der Oberbefehlshaber des US-Central Command, Admiral William J. Fallon, persönlich mit dem gleichen Anliegen auf. Fallon drohte gar mit dem Ende amerikanischer Hilfen.

Alles vergeblich. Am 3. November erklärte Musharraf den Ausnahmezustand und zeigte damit die Grenzen der Macht der US-Regierung ihm gegenüber auf. Ohne das pakistanische Militär sind die USA in dem Land ein Papiertiger. Washington sind im Kampf gegen den Terror schlicht die Hände gebunden. Musharrafs Kalkül lautet: Die USA können es sich ein-

fach nicht leisten, ihn und das von ihm beherrschte pakistanische Militär fallen zu lassen, weil er in der Region ihr wichtigster Verbündeter im Krieg gegen den Terrorismus ist.

Bisher behielt der General recht, und er wird wohl auch damit durchkommen solange er den Eindruck aufrecht erhalten kann, die Macht in der Hand zu halten. Die USA kritisieren die Verhängung des Ausnahmezustands zwar. Doch ernste Konsequenzen wird das nicht haben. Fallons Drohung, die Hilfen einzustellen, folgten keine Taten.

Musharraf verwies in der landesweit vom Fernsehen übertragenen Begründung des Ausnahmezustands sogar ausgerechnet auf US-Präsident Abraham Lincoln. Auch der habe schließlich im amerikanischen Bürgerkrieg die Verfassung außer Kraft gesetzt und sich nicht an Gesetze gehalten, um sein bedrohtes Land zu retten, so Musharraf. So sehr der Vergleich mit Lincoln eine Anmaßung ist, so dürfte das noch den Eindruck verstärken, der General ist eher seinen Sponsoren in Washington Rechenschaft schuldig als der ohnehin machtlosen pakistanischen Bevölkerung.

Genau das ist Pakistans große Tragik: In dem es seinen Generälen und dem Militär immer wieder gelingt, sich für die strategischen Interessen anderer vermeintlich unverzichtbar zu machen, können die Uniformierten immer wieder noch so kleinste Schritte zur Demokratisierung des Landes tor-

pedieren und eine Beschränkung ihrer Macht verhindern. „Andere Länder haben eine Armee“, heisst es in Pakistan, „doch unsere Armee hat ein Land“. So ist spätestens jetzt wieder deutlich geworden, dass ein Putschgeneral wie Musharraf und sein Militär für Pakistan das große Problem und nicht die Lösung sind.

Seit dem 11. September 2001 haben die USA Musharrafs Regime mit über 10 Milliarden US-Dollar unterstützt. Zugleich gibt es kaum ein Land auf der Welt, in dem die USA noch unbeliebter sind als in Pakistan. Washingtons Bedauern über Musharrafs „zweiten Putsch“ wird in Pakistan nur mit Zynismus quittiert. Denn die Menschen dort wissen nur zu gut, dass die USA in Pakistan dem Krieg gegen den Terror immer Priorität gegenüber der Demokratie eingeräumt haben. Genau dies machen liberale Pakistaner dafür verantwortlich, dass unter Musharraf die Macht und Militanz der Islamisten weiter zu- und nicht etwa abgenommen haben.

Pakistans Militär schwächt mit der Ausschaltung der verfassungsmäßigen Institutionen wie auch jetzt wieder nur die liberale Mitte und die Zivilgesellschaft. Die Islamisten trifft es damit nicht, im Gegenteil. Musharraf hat bisher mit ihren Parteien koalitiert, um an der Macht zu bleiben. Damit folgte er dem Beispiel des früheren Militärdiktators Zia-ul-Haq, der die Islamisten überhaupt erst salonfähig machte.

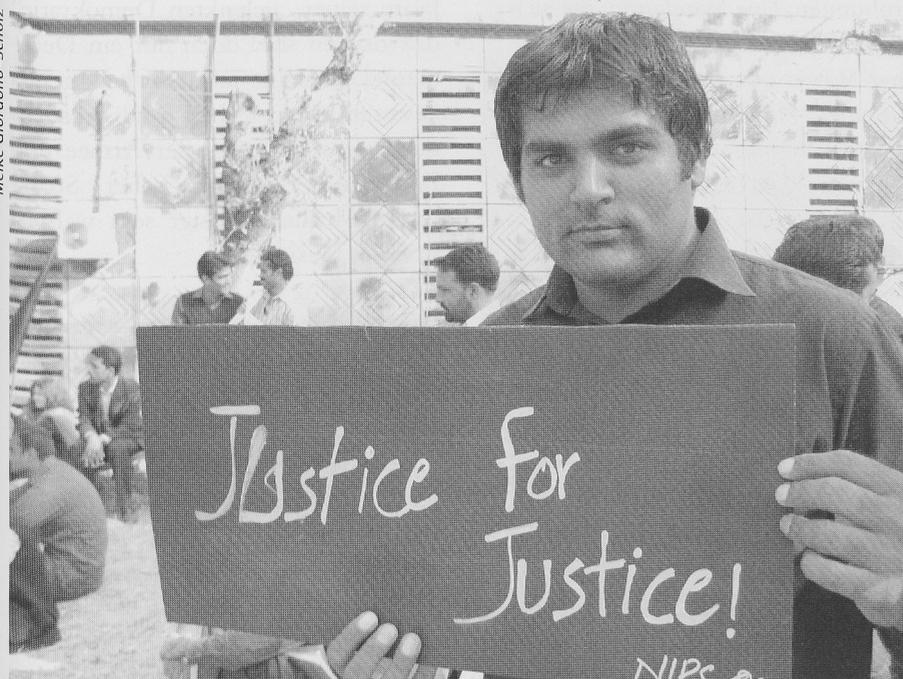
Musharraf liefert selbst das beste Beispiel für das Scheitern einer Politik, die dem Militär die Schlüsselrolle gibt. Denn wenn er nach acht Jahren an der Macht die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Außerkraftsetzung der Verfassung ausgerechnet damit begründet, dass der islamistische Terror stärker geworden sei und jetzt nur so endlich wirksam bekämpft werden könnte, zeigt genau dies die Wirkungslosigkeit einer Politik, die dem Militär die Schlüsselrolle gibt. Statt den Terror sinnvoll zu bekämpfen und seine gesellschaftlichen Ursachen zu beseitigen, wurde ein Kreislauf in Gang gesetzt, in dem das Militär gar kein Interesse an einer Lösung haben kann. Denn eine solche würde bedeuten, dass es seine Schlüsselrolle und damit seine Macht verliert. Nur wenn das Militär sich immer wieder als unverzichtbarer Retter der Nation aufspielen kann, kann es seine innenpolitischen Sonderrechte begründen und werden die USA es nicht fallen lassen. Und weil sie das Militär immer wieder gegenüber zivilen Akteuren bevorzugen, werden diese und die zivile Ordnung auch nie stark genug, um den großen Problemen gewachsen zu sein.

Pakistans bisherige Erfahrungen mit der Demokratie und ihren parteipolitischen Führern waren sehr ernüchternd. Aber eben auch deshalb, weil sie immer wieder vom Militär massiv geschwächt wurden. Die Generäle hatten und haben kein Interesse daran, dass eine von Zivilisten geleitete Politik in diesem Land funktioniert. Mit Schauern erinnern sie sich, als Pakistan nach dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan seine strategische Rolle als Frontstaat verlor und Washington seine Unterstützung für Islamabad nicht nur drastisch reduzierte, sondern es nach den pakistanischen Atomtests 1998 sogar noch mit Sanktionen belegte.

Erst nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001, die vom Afghanistan der Taliban ausgingen, bekam Pakistan seinen Frontstatus und damit sein Militär die strategische Schlüsselrolle im Kalkül der USA wieder zurück. Die Perpetuierung des pakistanischen Teufelskreises konnte sich fortsetzen, doch war ein neuer Faktor hinzugekommen: Da das Land inzwischen Atomwaffen hat, als deren verlässlicher Hüter sich allein das Militär inszeniert,

ist daraus ein pakistanischer Albtraum mit gigantischem Drohpotential geworden.

Bisher gibt es keine Anzeichen, dass der Westen es wagen wird, das Militär zur Aufgabe der Kontrolle der Politik des Landes zu drängen. Denn dies würde auch bedeuten, Pakistans Atomwaffen unter zivile Hoheit zu stellen -- unter die Hoheit jener zivilen Politiker, die das Militär immer schwach gehalten und als korrupt dargestellt hat, was sie ja leider auch waren und wohl weiter sind. Sollte eines Tages wider Erwarten Afghanistan stabilisiert und Pakistans Islamistenproblem gelöst sein, werden Pakistans Militär immer noch die Atomwaffen als wichtige Begründung bleiben, um auf seiner fortgesetzten außerordentlichen Machtfülle zu bestehen. Damit werden zivile Strukturen und Alternativen weiter schwach und die Gefahr islamistischer Militanz stark bleiben. Die Verhängung des Ausnahmezustands mag sich als Anfang vom Ende der Ära Musharraf entpuppen, ein Ende des pakistanischen Albtraums ist jedoch nicht in Sicht.



Demonstrierender Student
(Quaid-e-Azam Universität)